

# Anfrage



Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter  
Rathaus  
80331 München

München, 21.02.2025

## Coronaaufarbeitung der Landeshauptstadt München

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat mit Urteil vom November 2022 klargestellt, dass die vom Freistaat Bayern verhängten und von der Landeshauptstadt München umgesetzten Maßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19, unverhältnismäßig und somit rechtswidrig waren. Inzwischen steht auch fest, dass die Covid-Impfungen weder vor Ansteckung noch vor schweren Verläufen schützt. Ende September wurde z. B. in der medizinischen Fachzeitschrift "Vaccine" eine Studie publiziert <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/studie-impfnebenwirkungen-corona-101.html> . Die Autoren um den US-amerikanischen Pharmazieprofessor Peter Doshi haben auf Grundlage der Zulassungsstudien der Impfstoffhersteller BioNTech/Pfizer und Moderna aus dem Jahr 2020 die Nebenwirkungen neu ausgewertet. Ihr Ergebnis: Angeblich gäbe es mehr schwere Impf-Nebenwirkungen, als im Gegenzug schwere Verläufe durch die Impfung verhindert worden seien. Vor diesem Hintergrund stellten die damals verhängte 2-G-Regel der Landeshauptstadt München eine Diskriminierung der Ungeimpften dar. Dies ging sogar so weit, dass die von Paul Breitner geleitete Tafel ungeimpfte Bedürftige ausschloss! <https://www.bild.de/regional/muenchen/muenchen-aktuell/muenchner-tafel-verteilstelle-von-paul-breitner-nur-noch-fuer-geimpfte-78069070.bild.html>

### Der Oberbürgermeister wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Weshalb hat man die fachlichen Argumente von Ungeimpften und Maßnahmenkritikern ignoriert?
2. Weshalb wurde der Ausgrenzung, Diskreditierung und Entmenschlichung von Ungeimpften nicht entgegengetreten?
3. Mit welchem Selbstverständnis konnten fachlich falsche Maßnahmen wie 3G, 2G, einrichtungsbezogene Impfpflicht, Maskenpflicht im Freien, Inzidenz etc. pp. angeordnet und durchgesetzt werden, obwohl die Sinnlosigkeit dieser Maßnahmen bereits bekannt war?
4. Wie kam es, dass sogar "Impf"-Zwang (einrichtungsbezogene Impfpflicht), mit dadurch bedingtem Arbeitsplatzverlust und Ladenschließungen, nicht entgegengetreten wurde?
5. Warum wurde vom „Remonstrationsrecht“ nicht Gebrauch gemacht?
6. Was wird die Landeshauptstadt künftig tun, um das verloren gegangene Vertrauen in die Politik, die Institutionen und Medien wieder zu stärken und die dadurch entstandene Spaltung der Gesellschaft zu überwinden?
7. In welcher Form wird die Landeshauptstadt München Verantwortung übernehmen für die erheblichen Folgen der politischen Corona Krise, bei der massive vermeidbare physische, psychische und wirtschaftliche Schäden entstanden sind?

Initiative:

Iris Wassill  
ea. Stadträtin

Markus Walbrunn  
ea. Stadtrat

Daniel Stanke  
ea. Stadtrat